

Kein bisschen leiser!



Foto: Stephanie Handtmann

Inhalt

Hintergrund

- Extreme Rechte in Argentinien – 2 –
- Zehn Jahre ohne Gemeinnützigkeit – 3 –
- »Grüner« Wasserstoff aus Namibia – 4 –
- Gesundheit als Ware – 5 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –

Interview

- Amnesty International Israel – 8 –

Aktiv

- Sommerakademie 2024 – 9 –
- Tax the rich! – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- Neue Faltblatt-Reihe – 11 –

Vor einigen Wochen hat sich zum zehnten Mal die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac geöhrt. Als Begründung nannte das Finanzamt Frankfurt in seinem Bescheid vom 14. April 2014, das Netzwerk Attac sei zu politisch. Seitdem wehren wir uns gegen die Aberkennung unserer Gemeinnützigkeit – juristisch und politisch. Die Auseinandersetzung erfuhr dabei von Beginn an große öffentliche Aufmerksamkeit, denn der »Fall Attac« hat nicht nur Bedeutung für Attac selbst, sondern beeinträchtigt auch die gesamte demokratische Zivilgesellschaft (siehe Seite 3).

Attac selbst steht nach all diesen Jahren jetzt finanziell stark unter Druck. Der Entzug der Gemeinnützigkeit macht sich nicht nur durch höhere Kosten, sondern auch durch sinkende Einnahmen bemerkbar.

Doch gerade in Zeiten einer wachsenden Bedrohung der Demokratie von rechts ist es wichtig, dass zivilgesellschaftliche Organisati-

onen keinen Maulkorb umgehängt bekommen und nicht fürchten müssen, dass politisches Engagement und klare Kante gegen rechts ihre Existenz gefährden!

Engagement für Demokratie, gegen Rassismus oder Antisemitismus wird zwar auch von staatlicher Seite gelobt und gefordert, aber nicht aktiv gefördert. Mit einer Erweiterung der in der Abgabenordnung aufgeführten gemeinnützigen Zwecke um Engagement für Demokratie, Menschenrechte oder soziale Gerechtigkeit kann der Gesetzgeber hier Sicherheit schaffen. Attac wird zusammen mit der Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung« weiter Druck machen. Wir sind kein bisschen leiser!

Nachdem in den vergangenen Monaten Millionen Menschen in diesem Land gegen die faschistische Rechte auf die Straße gegangen sind, hat sich ein breites Bündnis »Zusammen für Demokratie! Im Bund. Vor Ort. Für alle.«

gegründet. Attac ist dabei. Mit Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wollen wir unser Engagement für Demokratie, unteilbare Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und eine klimagerechte Zukunft koordinieren. Gerade vor den anstehenden Wahlen 2024 gilt es, Flagge zu zeigen – gemeinsam auf der Straße, aber auch als Stammtischkämpfer*innen im Gespräch vor Ort.

Mit Attac würde nicht nur eine starke Stimme gegen rechts verschwinden. Attac engagiert sich auf vielen Ebenen für eine Demokratisierung der Gesellschaft. Mit vielen Projekten, Aktionen und Bildungsveranstaltungen setzen wir uns für eine sozial-ökologische Wende ein: für eine gerechte Welt auf einem bewohnbaren Planeten und für ein gutes Leben für alle. Tun wir gemeinsam alles dafür, dass der Entzug der Gemeinnützigkeit Attac nicht zum Schweigen bringt – für eine starke Zivilgesellschaft!

Siegeszug der extremen Rechten in Argentinien

Ursachenforschung

Der triumphale Wahlsieg des jetzigen anarcho-kapitalistischen Präsidenten Daniel Milei hat Menschen in Argentinien wie weltweit überrascht.

Wie kam es zu diesem unerwarteten Sieg? Ein Teil der Antwort findet sich in den sozialen Medien. Dort präsentierte Milei sich als respektloser Kolumnist, der es verstand, die sozialen Netzwerke als moderne Kommunikationsform zu nutzen. Die Ergänzung klassischer Medien durch Netzwerke wie TikTok brachte ihn jungen Menschen näher, die von der Wirtschaftskrise in Argentinien besonders betroffen sind.

Diese Krise hat in Argentinien die wirtschaftliche und soziale Struktur des Landes tiefgreifend verändert und zu einer Zunahme von Armut, Marginalisierung und prekären Arbeitsverhältnissen geführt. Das traditionelle politische System blieb den Menschen Antworten auf die Krise schuldig; sie wandten sich deshalb denjenigen zu, die als »systemkritisch« auftraten und sich gegen »die da oben« wandten. Milei füllte diese Lücke.

Der Kern dieses Triumphs hat also mit der tiefen Krise des Kapitalismus zu tun, lokal und global, wirtschaftlich und politisch. In Argentinien kommt auch eine Krise der politischen Repräsentation dazu. Milei versucht sich an einer konservativen Restauration im Sinne der Putschisten, insbesondere der mörderischen Diktatur von 1976, was auch in den 1990er Jahren unter der Regierung Menem versucht wurde. Er vertritt damit das ausländische wie inländische Kapitalinteresse: ein extrem liberalisiertes Exportproduktionsmodell als Teil eines globalen Kapitalismus zu etablieren.

Milei kann als Verkörperung eines neuen Ansatzes der Rechten gelten und wird deshalb in der gesamten kapitalistischen Welt genau beobachtet. Deshalb muss die Linke, ausgehend von einer kritischen Analyse der veränderten Bedingungen im heutigen Kapitalismus, neue, international funktionierende Strategien diskutieren.

Milei stellt mit seinen Botschaften den gesellschaftlichen Konsens weiterhin infrage, bis hin zur Anpassung und regressiven Umstrukturierung der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft in Argentinien.

Es heißt, seine Rede beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos sei kein Erfolg gewesen, da sie die



Foto: Santiago Sito

anwesenden Unternehmer*innen nicht zu zeitnahen Investitionen in Argentinien veranlasst hätte. Das ist ein Irrtum. Mileis Ziel war es, längerfristig Weichen für die Zukunft des Landes, der Region und der kapitalistischen Welt in der Krise zu stellen.

In Argentinien versucht er, die Geschäfte mit Wasserstoff, Lithium und Mega-Tagebau anzukurbeln und den Agrarexportkomplex zu stärken. Milei ist also nicht einfach »ein Verrückter«; vielmehr ist sein ultraliberales Projekt Sinnbild konzentrierter Macht. Als Fahnenträger der Staatskritik zelebriert er Anarcho-Kapitalismus: Alles für den freien Handel, den freien Markt und den Wettbewerb – ohne staatliche Regulierung.

Man kann und sollte die Widersprüchlichkeit des Denkens von Milei und der österreichischen neoliberalen Schule kritisieren, aber man sollte die Macht seiner propagandistischen Predigten, die ihn an die Spitze der Regierung gebracht haben, nicht unterschätzen. Jetzt möchte er weit über Argentinien hinaus predigen.

Die Politik der Exekutive in Argentinien ist klar, und sie setzt die anderen Regierungszweige unter Druck. Unter diesen Vorzeichen wurde wenige Tage nach Mileis Amtsantritt das »Dekret der Notwendigkeit und Dringlichkeit« (DNU) verabschiedet, das paradoxerweise »Grundlagen für den Wiederaufbau der argentinischen Wirtschaft« heißt. Auch der aktuell diskutierte Gesetzentwurf »Grundlagen und Ausgangspunkte für die Freiheit der Argentinier«, im Volks-

mund als »Omnibusgesetz« bekannt, schlägt in eine ähnliche Kerbe. Es ist zwar Mileis Werk, allerdings unter dem Einfluss der am stärksten konzentrierten Wirtschaftsgruppen und dem IWF entstanden. Noch wird das Gesetz parlamentarisch diskutiert, aber die Regierung kann jederzeit die Trumpfkarte der »außerordentlichen Befugnisse« zücken, die ihr der Kongress einräumen kann, um per Dekret das Parlament auszuhebeln. Das Ende ist noch offen.

Unsere Antwort liegt in der Organisation sozialer Bewegung. Der Streik vom 24. Januar (24E) war wichtig, um zu klären, wer siegt – die Strategie der Anpassung oder der Widerstand und die Suche nach Alternativen, um soziale Bedürfnisse zu befriedigen. Sowohl die DNU als auch der Entwurf des Omnibus-Gesetzes werden schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben und die volle Gültigkeit der Menschenrechte in Argentinien haben, da sie zahlreiche Normen ändern und aufheben, die die Grundrechte schützen. Deshalb ist eine internationale solidarische Unterstützung mit dem Kampf der sozialen Bewegung Argentiniens dringend notwendig. Argentinien ist keine Ware!

Dr. Julio Gambina ist Vorsitzender der Stiftung für Sozial- und Politikforschung und engagiert sich wie **Lic. María Elena Saludas** bei Transparency International. María ist außerdem im Komitee zur Streichung illegitimer Schulden aktiv. Wir danken den beiden Aktivist*innen von Attac Argentinien für diesen Beitrag!

Demokratische Zivilgesellschaft in Gefahr

Zehn Jahre ohne Gemeinnützigkeit: Attac kämpft weiter



Foto: attac.de

Die Nachricht sandte Schockwellen durch die Zivilgesellschaft: Das Frankfurter Finanzamt hatte Attac Deutschland die Gemeinnützigkeit aberkannt. Das Netzwerk agierte zu politisch, begründete die Behörde ihren Bescheid vom 14. April 2014. Der Einsatz für regulierte Finanzmärkte, eine Finanztransaktionssteuer – immerhin die Gründungsforderung von Attac – oder eine Vermögensabgabe sei nicht gemeinnützig, hieß es in dem Schreiben. Damit war klar: Geht das durch, ist ein Präzedenzfall geschaffen, der nahezu alle gemeinnützigen Organisationen bedroht, die sich demokratisch einmischen.

Zehn Jahre ist das her. Noch immer kämpft Attac darum, die Gemeinnützigkeit zurückzubekommen – juristisch und politisch.

Finanzielle Folgen nach einem Jahrzehnt massiv

»Der Entzug der Gemeinnützigkeit behindert unser Engagement für eine global gerechte Ökonomie enorm. Die Folgen spüren wir inzwischen auch wirtschaftlich massiv. Attac steht finanziell unter Druck«, sagt Judith Amler vom Attac-Koordinierungskreis. Wer an einen nicht gemeinnützigen Verein spendet, darf seine Spende nicht von der Steuer absetzen. In Zeiten, in denen viele Menschen ihr Geld zusammenhalten müssen, kann sie das davon abhalten, Attac nicht nur ideell, sondern auch finanziell zu unterstützen. Das gilt insbesondere für höhere

Spenden. Auch Projektmittel sind seither für Attac schwieriger zu erhalten: Stiftungen dürfen oft nur gemeinnützige Organisationen fördern.

Maulkorb für demokratische Zivilgesellschaft

»Das ist aber nicht alles«, betont Judith Amler. »Das ›Attac-Urteil‹ wirkt wie ein Maulkorb für die demokratische Zivilgesellschaft. Gemeinnützige Vereine müssen sich seither immer fragen, ob und wie sie sich engagieren dürfen und halten sich im Zweifel lieber zurück. In Zeiten, in denen die Zustimmung zur Demokratie sinkt und der Rechtsextremismus erstarkt, ist das eine verheerende Entwicklung. Auch deswegen kämpfen wir weiter um unsere Gemeinnützigkeit.«

Der 2023 erschienene Report »ZiviZ Survey« belegt diese Selbstzensur: Fünf Prozent der befragten Organisationen gaben an, sich aus Sorge um ihren Gemeinnützigkeitsstatus nicht intensiver politisch zu engagieren. Mit anderen Worten: 30.000 Vereine in Deutschland mischen sich nicht für Demokratie ein, obwohl sie es wollen.

Unmittelbar nachdem der Bundesfinanzhof 2019 die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac bestätigt hatte, entzogen zudem Finanzämter weiteren Vereinen die Gemeinnützigkeit – darunter Campact und das Demokratische Zentrum in Ludwigsburg, das sich gegen Rechtsextremismus einsetzt.

Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts? Fehlanzeige

Und was macht »die Politik«? Wenig. Zwar hat die Ampel versprochen, das Gemeinnützigkeitsrecht zu reformieren und mehr Rechtssicherheit für engagierte Vereine zu schaffen. Passiert ist bisher nichts. Immerhin hat es »Klimaschutz« zusammen mit »Ortsverschönerung« vor ein paar Jahren als gemeinnütziger Zweck in die Abgabenordnung geschafft, die die Gemeinnützigkeit regelt. Aber bei »Demokratie«, »Menschenrechten« oder »sozialer Gerechtigkeit« klafft nach wie vor eine Lücke. »Viele Vereine scheitern genau daran, dass diese Zwecke im Gemeinnützigkeitsrecht nicht festgeschrieben sind«, kritisiert Stefan Diefenbach-Trommer von der Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung«. Die von Attac mitgegründete Allianz setzt sich seit 2015 für ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht ein.

Bundesfinanzministerium mischte mit – gegen Attac

Während bei der Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts also wenig vorangeht, mischte die Politik im »Fall Attac« ordentlich mit. Zwei Jahre nach dem Bescheid des Finanzamtes zeigte sich, woher der Wind wehte: 2016 schaltete sich Berlin ganz offen in das Verfahren ein. Der Grund: Attac hatte in erster Instanz vor Gericht gewonnen. Das Finanzamt wollte die Sache damit auf sich beruhen lassen. Doch das Bundesfinanzministerium – damals noch unter Wolfgang Schäuble – wies das Amt in Frankfurt an, in Revision zu gehen. Das Schäuble-Ministerium wurde zudem offiziell Verfahrenspartei und damit Prozessgegner von Attac. Das Ergebnis der Einmischung aus Berlin: 2019 sprach das oberste deutsche Finanzgericht, der Bundesfinanzhof, Attac in einem viel kritisierten Urteil die Gemeinnützigkeit ab.

Vor drei Jahren hat Attac Verfassungsbeschwerde eingelegt. Wann der Fall in Karlsruhe verhandelt wird, ist weiterhin offen. Umso wichtiger, dass sich in Sachen Gemeinnützigkeitsrecht etwas bewegt!

Frauke Distelrath ist Geschäftsführerin von Attac Deutschland.

»Grüner« Wasserstoff aus Namibia

Kolonialismus 2.0

Der Kampf um Zugang zu Rohstoffen und Energie zwischen den Machtblöcken verschärft sich. Ist es bei Rohstoffen zum Beispiel Lithium für die Batterieproduktion für E-Autos, wird auf dem Energiesektor der Import von Wasserstoff vorangetrieben. Dabei spielt für Bundesregierung und die EU Namibia eine bedeutende Rolle. Die Voraussetzungen dort sind ideal – denn sowohl Wind als auch Sonne sind reichlich vorhanden und die Regierung Namibias ist voller Optimismus. Sie sieht die Chance, dass der »grüne« Wasserstoff einen großen wirtschaftlichen Aufschwung und tausende Arbeitsplätze bringen wird.

Ein relativ kleines Unternehmen, Enertrag aus Mecklenburg-Vorpommern, hat – gemeinsam mit dem britischen Partner Nicholas Holdings – das namibische Unternehmen Hyphen gegründet und den Zuschlag für das Mammut-Projekt zur Herstellung »grünen« Wasserstoffs bekommen. Die Investitionssumme für das Projekt, das im südlichsten Teil Namibias in Lüderitz und Umgebung entstehen soll, wird auf 10 Milliarden Euro geschätzt. Auf 4000 km² sollen zukünftig vier Gigawatt (GW) Energie erzeugt werden – nicht für die lokale Versorgung, sondern für die Export-Produktion von Wasserstoff, beziehungsweise von zwei Millionen Tonnen Ammoniak (Plan 2029). RWE hat einen Vorvertrag für die Abnahme von 300 Tonnen pro Jahr. Es gibt in Namibia massive Kritik an dem gesamten Vorhaben. Dies wurde auf einer Konferenz von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Herbst letzten Jahres deutlich formuliert. Als Ergebnis haben 19 dieser Organisationen einen Brief an den Präsidenten des Landes aufgesetzt. Zuallererst wird dort festgestellt, dass das Projekt insgesamt völlig intransparent betrieben wird. Deshalb wird eine Offenlegung der größten Ausschreibung in der namibischen Geschichte gefordert, allein schon um jeden Verdacht der Korruption auszuschließen. Wichtige Fragen und Aspekte stehen im Raum:

- Es gab keine Prüfung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen des Vertrages.
- Die Verpflichtung der namibischen Regierung einer Einlage von 24 Prozent in das Projekt hat zu einer massiven Erhöhung der Verschuldung geführt.



Foto: aremac / photocase.de

- Das betroffene Gebiet, in dem das Hyphen Projekt realisiert werden soll, gilt als globaler Hotspot der Biodiversität mit einer Reihe endemischer Pflanzen und Tiere, die zum Teil schon durch Phase 1 des Projektes gefährdet sind. Das gilt auch für die Lüderitz-Halbinsel, das einzige Meeresschutzgebiet des Landes.
- Für die Produktion von »grünem« Wasserstoff werden riesige Landflächen zur Verfügung gestellt, die die indigene Bevölkerung während des Völkermords von 1904 bis 1908 verloren hat. Hyphen bekommt hier Zugang zu Land, ohne dass den Opfern der Landenteignung eine Entschädigung angeboten wird. Das reißt alte Wunden auf und zeigt einmal mehr, dass den indigenen Gemeinschaften die natürlichen Ressourcen, die ihnen rechtmäßig zustehen, weiter entzogen werden.

Ausgerechnet Deutschland mit seiner Kolonialgeschichte ist maßgeblicher Treiber und voraussichtlicher Profiteur des Projektes in Namibia. Viele Jahrzehnte lang ist die deutsche Verantwortung für den Genozid an den Nama und Herero verleugnet und verschwiegen worden. Erst das beharrliche Wirken von Nachkommen der beiden Völker hat dazu geführt, dass 2021 ein »Versöhnungsabkommen« zwischen der Bundesrepublik und Namibia abgeschlossen wurde. Aber auch damit wurde nicht »versöhnt« sondern es wurden

eher alte Wunden aufgerissen. Das Abkommen sieht zwar unter anderem Zahlungen von 1,1 Milliarden Euro über die nächsten 30 Jahre vor, aber es ist bis heute nicht in Kraft. Die Opfergruppen lehnen die Vereinbarung ab. Sie waren bei den Verhandlungen nicht mit am Tisch, sie wurden kaum gehört und die Zahlungen würden fast gar nicht bei den Opfern landen.

Wir haben eine besondere Verantwortung aus der Geschichte – wir brauchen ein Versöhnungsabkommen, das die Forderungen der Opfergruppen zur Grundlage hat.

Wirtschaftsminister Habeck lehnte bei seinem Besuch in Namibia »Energie-Imperialismus« ab. Das würde aber bedeuten, dass Projekte für erneuerbare Energien in den Händen lokaler Akteure liegen müssten und zuallererst der lokalen Energieversorgung zu dienen haben. Zudem muss hierzulande hinterfragt werden, wofür Wasserstoff überhaupt benötigt wird und über so weite Strecken transportiert werden soll. Zum Heizen und Autofahren wegen der verlustreichen Umwandlung von Strom in Wasserstoff auf jeden Fall nicht.

Für die Projektgruppe Energie von Attac ist der Kampf gegen Energiekolonialismus und die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Kräfte in Namibia ein Schwerpunkt ihrer Arbeit – wir werden dranbleiben!

Törk Hansen ist Mitglied in der Attac-Projektgruppe Energie.

Finanzialisierung im Gesundheitswesen

Gesundheit als Ware



Foto: attac.de

Gesundheit ist keine Ware – unter diesem Slogan ist Attac seit Jahren aktiv, um gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens zu kämpfen. Leider hat sich diese in den letzten Jahren aber weltweit noch verstärkt. Damit erregt sie inzwischen nicht nur in kritischen Kreisen Aufmerksamkeit, sondern auch bei den etablierten Medien und bei den »offiziellen« Akteuren im Gesundheitswesen.

So hat das *Deutsche Ärzteblatt* am 20. Mai 2022 eine Umfrage unter mehr als 1000 Ärztinnen und Ärzten veröffentlicht, die ein erschreckendes Ergebnis lieferte. Knapp ein Drittel der Befragten gab an, dass wirtschaftlicher Druck ihr ärztliches Handeln stark beeinflusst, und rund 18 Prozent berichteten, dass sich die Kommerzialisierung häufig negativ auf ihre Entscheidung auswirkt. Nur zwei Prozent der Teilnehmenden empfanden keinen wirtschaftlichen Druck bei ihrer Arbeit.

Am weitesten fortgeschritten ist diese Entwicklung in den USA, was auch dort Beiträge in Ärztezeitschriften ausgelöst hat: In der Ausgabe vom 11. Januar 2024 erschien im *New England Journal of Medicine* ein Artikel unter dem Titel »The Financialisation of Health in the United States«. Darin wird eine besondere Form der Kommerzialisierung, die Finanzialisierung, beschrieben als zunehmender Einfluss von Banken, Versicherungsunternehmen und anderen Finanzakteuren auf (in diesem Fall Gesundheits-) Einrichtungen. Dabei kontrollieren Kapitalgeber diese über finanzielle Beteiligungen oder Aufkäufe und wandeln sie in handelbare »Assets« um. Praxen

oder Pflegeheime werden damit zu handelbaren Kapitalwerten für den Finanzmarkt.

Eine besonders wichtige Rolle spielen hier sogenannte Private-Equity-Firmen (PE, auch als »Heuschrecken« bekannt), die privates Beteiligungskapital einsammeln und mit dem Versprechen auf Profit anlegen, indem sie Unternehmen übernehmen. Diese wollen sie aber nicht dauerhaft betreiben, sondern mit Gewinn weiterverkaufen. Sinn und Zweck der Unternehmen selbst sind dabei irrelevant und die Interessen von Patient*innen und Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen werden zweitrangig.

Eine Reihe von Untersuchungen beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Übernahmen durch PE im Gesundheitswesen, meist mit Schwerpunkt auf die USA. So haben etwa Alexander Borsa und andere 2023 im *British Medical Journal* eine systematische Übersicht über die Studien zu dieser Frage veröffentlicht. Ihre Schlussfolgerung: Die Beteiligung von PE-Firmen im Gesundheitswesen nimmt rasch zu und ist oft verbunden mit höheren Kosten für Patient*innen und Kostenträger sowie mit Verschlechterungen der Versorgungsqualität. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Übersichtsarbeit im *International Journal of Health Economics and Management* von 2023 von Sajith Matthews und Renato Roxas.

Wie ist die Situation in Deutschland, woher kommt die Sorge der Ärzt*innen? Bereits 2019 hatte der wissenschaftliche Dienst des Bundestags die Dokumentation »Private Equity im deutschen Gesundheitssektor« vorgelegt, und

die von Gerhard Schick gegründete Bewegung »Finanzwende« hat zum selben Thema in den letzten Jahren zwei Reports veröffentlicht. Aus allen drei Untersuchungen wird deutlich, dass PE-Kapital auch hierzulande im Gesundheitswesen zunehmend Fuß fasst. Dieser Prozess begann in Pflegeeinrichtungen, die teils in großem Maßstab von PE-Firmen aufgekauft wurden: in den Jahren 2017 und 2018 gab es über 40 solcher Übernahmen, die zusammen ca. 50.000 Beschäftigte betrafen.

Eine weitere gefragte Ware für privates Finanzkapital sind Arztpraxen, speziell die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), die nicht von einzelnen Praxisinhaber*innen geführt werden, sondern angestellte Ärzt*innen beschäftigen können. Bereits 2012 hatte die Politik auf den zunehmenden Einstieg privater Investoren reagiert und im GKV-Versorgungsgesetz eine Gründungsbeschränkung eingeführt: Nur noch Mediziner*innen oder medizinische Träger können ein MVZ gründen. »Doch diese Beschränkung stellt kein langfristiges Hindernis für Private Equity dar. Anstatt selber ein MVZ zu gründen, erwerben Private-Equity-Firmen typischerweise ein Krankenhaus. Dieses kann dann ein MVZ gründen oder aufkaufen. Daraus wird wiederum ein Konzern, der Arztpraxen aufkauft und diese als Filialen betreibt«, heißt es im Finanzwende-Report 2023.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass sogar der Bundesrat aktiv wurde, obwohl eigentlich nicht zuständig. Er verabschiedete am 16.6.2023 eine Entschließung mit dem Titel »Schaffung eines MVZ-Regulierungsgesetzes«. Darin werden »[i]m Hinblick auf das Wachstum von investorengetragenen MVZ ... Risiken für die Versorgung« beschrieben und eine Reihe von Maßnahmen gefordert, um diese Risiken zu begrenzen – insbesondere Transparenz über die Eigentumsverhältnisse, um die hinter den MVZ stehenden Kapitalgesellschaften zu identifizieren.

Aber: Vom zuständigen Gesundheits-Minister Lauterbach gab es auch nach dieser Entschließung bis heute (Stand April 2024) keine konkreten Schritte. Wir tun also gut daran, aufmerksam zu bleiben!

Dr. Albrecht Stöffler ist Facharzt für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin und aktiv bei Attac.



Störaktion im EU-Parlament in Straßburg bei der Abstimmung des EU-Chile Abkommens, Foto: Tim Dreyer



Bundesweiter Klimastreik für die soziale und klimagerechte Mobilitätswende in Berlin, Foto: Helga Reimund

Rückblick

29. Februar 2024

EU beschließt neo-koloniale Ausbeutung und Umweltzerstörung in Chile

Attac-Aktivist*innen störten anlässlich der Ratifizierung des EU-Chile-Abkommens die Parlamentssitzung von der Zuschauer*innenbühne aus: Mit Transparenten mit dem Slogan »Stop Lithium Theft!« protestierten sie gegen die geplante Lithium-Ausbeutung durch die EU und die damit einhergehende Umweltzerstörung in der Atacama-Salzwüste in Chile. Attac kritisierte die Ratifizierung des fortgeschrittenen Rahmenabkommens, denn es bestätigt ein Handelssystem, das mit seiner Ausrichtung die bekannten Muster neo-kolonialer Ausbeutung vertieft. Eine gerechte und nachhaltige Handelspolitik ist mit dem Abkommen nicht durchzusetzen.

1. März 2024

Bundesweiter Klimastreik für die sozial gerechte Mobilitätswende

In über 100 Städten gingen heute zahlreiche Aktive von Attac zusammen mit Klimaaktivist*innen, Gewerkschaften, Verbänden und Beschäftigten des Nahverkehrs für eine sozial gerechte und klimafreundliche Mobilitätswende auf die Straße. Vor dem Bundesverkehrsministerium in Berlin nahmen Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Detlev Müller, eine Petition für einen sozial verträglichen ÖPNV-Ausbau mit über 150.000 Unterschriften entgegen. Attac forderte bereits im Vorfeld des Klimastreiks zusammen mit dem Bündnis #WirFahrenZusammen bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Verkehrsbetrieben und Investitionen der Politik in ÖPNV für eine gute und sichere Mobilitätswende.

8. März 2024

Küche, Ehe, Vaterland – unsere Antwort: Widerstand!

In diesem Jahr fand der 8. März, der feministische Streik- und Kampftag, in einer schwierigen politischen und gesellschaftlichen Situation statt, denn rechtsradikale Ideologien und Parteien haben an Einfluss gewonnen. Indes hat sich Widerstand gegen diese rassistischen Ideologien im ganzen Land in zahlreichen und zum Teil riesigen Demonstrationen manifestiert. Attac-Aktive beteiligten sich bundesweit an Aktionen und Demonstrationen und stellten klar, dass ihr Feminismus solidarisch und antifaschistisch ist und für eine offene und emanzipatorische Gesellschaft kämpft.

15. – 17. März 2024

Konferenz zu Vergesellschaftung: Von der Theorie zur Praxis

360 Menschen, darunter zahlreiche Aktive von Attac, haben auf der Konferenz: »Let's Socialize« Ideen zur Vergesellschaftung der Wirtschaft entwickelt. An drei Tagen diskutierten Aktivist*innen und Referent*innen aus Bewegung, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, welche Rolle Vergesellschaftung beim Ziel, eine soziale und klimagerechte Wirtschaft zu erreichen, spielen kann.

21. März 2024

Zusammen für Demokratie

Zum internationalen Tag gegen Rassismus ist das neue Bündnis »Zusammen für Demokratie« an die Öffentlichkeit getreten, in dem sich neben zahlreichen Partnern aus der gesamten Breite der solidarischen Zivilgesellschaft auch Attac im Trägerkreis engagiert: »Zusammen für Demokratie« ist das Dach, unter dem wir für die unteilbaren Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und eine klimagerechte Zukunft eintreten. Wir stehen für eine vielfältige, freie und

offene Gesellschaft. Gemeinsam verteidigen wir unsere Demokratie und alle, die hier leben, gegen die Angriffe der extremen Rechten.

22. März 2024

Ab jetzt gibt's Klimageld!

Seit Monaten fordern Attac und breite Teile der Zivilgesellschaft die Auszahlung des Klimageldes, das die Bundesregierung bereits 2021 im Ampel-Koalitionsvertrag versprochen hat. Auf Initiative des Vereins Sanktionsfrei verteilte nun ein breites ökosoziales Bündnis – unter Beteiligung von Attac – einmalig ein Klimageld an 1.000 Menschen, die Bürgergeld, Grundsicherung oder Wohngeld beziehen.

27. März 2024

Reiche gerecht besteuern – Klimaschutz sozial gestalten!

Unter dem Motto »Tax the Rich« fordert eine europäische Bürger*inneninitiative, eine europäische Steuer auf große Vermögen einzuführen. Das Geld soll zur Bekämpfung von Klimawandel und Ungleichheit in der EU sowie zur Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden. Attac unterstützt die Initiative und ruft alle EU-Bürger*innen dazu auf, mitzuzeichnen.

13. – 14. April 2024

Frühjahrsratschlag in Fulda

Attac-Aktive trafen sich zum Frühjahrsratschlag in Fulda, um sich zu Neuigkeiten sowie Kampagnen auszutauschen und sich mit dem aktuellen Rechtsruck in der Gesellschaft und der Rolle Attacs innerhalb einer solidarischen Gegenbewegung zu beschäftigen.

14. April 2024

10 Jahre ohne Gemeinnützigkeit – aber kein bisschen leiser!

Zehn Jahre ist es her, dass Attac Deutschland die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde. Seitdem



Die Vergesellschaftungskonferenz – Austausch für die Bewegung,
Foto: Tim Wagner



Attac-Frühjahrsratschlag in Fulda, Foto: Stephanie Handtmann

wehrt sich Attac gegen die Aberkennung seiner Gemeinnützigkeit – juristisch und politisch. Die Auseinandersetzung erfuhr dabei von Beginn an große öffentliche Aufmerksamkeit. Denn der »Fall Attac« hat nicht nur Bedeutung für Attac selbst, sondern beeinträchtigt auch die gesamte demokratische Zivilgesellschaft.

16. April 2024

Brutaler Polizeieinsatz bei G20: Entschädigung für Attac-Aktive nach fast sieben Jahren durch gerichtlichen Vergleich

Mit Abschluss eines Vergleichs ging ein lang-jähriges Gerichtsverfahren rund um einen brutalen Polizeieinsatz im Rahmen der G20-Proteste 2017 zu Ende: Drei Attac-Aktive hatten gegen die Stadt Hamburg geklagt, weil sie Opfer von brutaler Polizeigewalt wurden und dabei starke Verletzungen davontrugen. Das Gericht schätzte den Einsatz als unverhältnismäßig ein und äußerte »erhebliche Zweifel« an seiner Rechtmäßigkeit. Die Stadt Hamburg verpflichtete sich im Vergleich zur Zahlung von Schadensersatz und erkannte dadurch die Rechtswidrigkeit der willkürlichen Gewaltausübung durch Polizeibeamt*innen indirekt an.

1. Mai 2024

Weniger Arbeiten, mehr Leben!

Dem Motto »Weniger Arbeiten, mehr Leben!« folgen immer mehr Menschen in Deutschland und weltweit – statt leben um zu arbeiten, wollen sie arbeiten, um zu leben. Zum 1. Mai unterstützte Attac die vielen Kämpfe von Gewerkschaften und Arbeitnehmenden für »Gute Arbeit« und forderte eine flächendeckende radikale Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich.

Alle Termine:

attac.de/veranstaltungen

Ausblick

Jeden dritten Montag im Monat

#isso-Webinar

27. Mai: Reichtum besteuern

24. Juni: Extraktivismus – koloniale Ausbeutungsverhältnisse

Alle Informationen: attac.de/webinare

Mai 2024

Demokratie in Gefahr? – 75 Jahre Grundgesetz

Neuer Attac-Basistext: Ist die Demokratie in Gefahr, oder ist das Grundgesetz besser gegen eine Machtübernahme durch Nazis und Rechtspopulisten gewappnet? 75 Jahre Grundgesetz bieten Anlass zu einer kritischen Bestandsaufnahme.

30. Mai – 2. Juni 2024

Attac-Sommerakademie

Unter dem Motto »Das Desaster verhindern! Zukunft gestalten: Sozial.ökologisch.gerecht!« treffen wir uns an der Richtsberg Gesamtschule in Marburg zur Attac-Sommerakademie. Wir wollen nicht an den gegenwärtigen Multi-Krisen verzweifeln. Stattdessen analysieren wir sie und diskutieren gemeinsam, wie wir dazu beitragen können, eine konsequente soziale und ökologische Wende und ein gutes Leben für alle zu erkämpfen.

6. – 9. Juni 2024

Europawahl

Im Juni findet die Europawahl statt. Zwar ist die derzeitige Politik der EU weitgehend an Wirtschaftsinteressen ausgerichtet und trägt wenig zur Lösung der drängenden Probleme wie Klimakrise und neokolonialer Ausbeutung bei, und der neue »Migrationspakt« der EU ist zweifellos ein Skandal, aber das Ringen um eine demokratische EU ist ein wichtiges Gewicht gegen die aktuelle

Klimageld-Speakerstour

7. Mai | Köln | 19:30 | Allerweltshaus, Geiselstr. 3–5

7. Mai | Darmstadt | 19:30 | Bessunger Knabenschule

27. Mai | Potsdam | 18:00 | Madia, Lindenstraße 47

6. Juni | Essen | 19:30 | Volkshochschule Essen, Burgplatz 1

11. Juni | Göttingen | 19:00 | Holbornschen Haus, Rote Str. 34

26. Juni | Freiburg | 19:30 | Waldkirch-Kollnau, Bürgerzentrum Gruss Christoph

27. Juni | Ludwigshafen | 19:30 | verdi-Haus, Kaiser-Wilhelm-Str. 7

Rechtsentwicklung. Für Attac braucht Europa zudem eine eindeutig antimilitaristische, ökologische, geschlechtergerechte und soziale Orientierung. Ein anderes Europa ist möglich und nötig!

Bis 9. Oktober 2024

Gemeinsam für ein gerechtes Steuersystem in Europa – jetzt unterzeichnen!

Endspurt für die von Attac unterstützte Initiative »Tax the Rich«, die für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen und Mittel für den ökologischen und sozialen Wandel sowie für die Entwicklungszusammenarbeit aufbringen soll: Bis zum 9. Oktober 2024 können Unterschriften gesammelt werden. Informationen und unterschreiben: attac.de/tax-the-rich

11. – 13. Oktober

Herbstratschlag 2024

Save the date: Wir treffen uns im Oktober zum alljährlichen Herbstratschlag in Frankfurt am Main.

Unsere Solidarität gehört den Opfern auf beiden Seiten. Attac steht fest an der Seite der Menschen, die sich auf beiden Seiten für eine friedliche, gemeinsame und humane Zukunft für Israelis und Palästinenser*innen einsetzen. Die Erklärungen des Koordinierungskreises von Attac dazu finden sich unter: attac.de/nahost-1 und attac.de/nahost-2.

Interview mit Moran Avital

Für unteilbare Menschenrechte!

Judith Amler: Liebe Moran Avital, Amnesty International Israel ist seit langer Zeit für die Menschenrechte aktiv. Was war in den letzten Jahren der Schwerpunkt der Arbeit von Amnesty vor Ort?

Moran Avital: Die letzten Jahre waren global und lokal ereignisreich. Wir kämpften gegen israelische Cyberprodukte, die an dubiose Regime auf der ganzen Welt verkauft werden, die damit gegen die Zivilgesellschaft oder politische Gegner vorgehen, wir kämpften gegen die Verdrängung von Palästinensern aus öffentlichen Bereichen im Westjordanland, und wir befassen uns mit der Frage des Rechts auf Wasser für Palästinenser*innen in den von Israel kontrollierten Gebieten im Westjordanland.

Im vergangenen Jahr, als die israelische Regierung die sogenannte Justizreform ankündigte, unterstützte Amnesty International Israel den demokratischen Protest gegen diese Reform und half, ihn auszuweiten. So haben wir eine öffentliche Konferenz und Workshops organisiert, um eine effektive Methode («Deep Canvassing») einzuführen, um Menschen von der Unterstützung des demokratischen Lagers zu überzeugen.

Der 7. Oktober 2023 hat dazu geführt, dass sich die Situation im Nahen Osten erneut auf grausame Weise zugespitzt hat und der Krieg in Gaza nun im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit steht.

Seit Beginn des Krieges hat Amnesty International Israel den Schutz von Zivilist*innen im Gazastreifen gefordert. Wir haben zum Beispiel unverhältnismäßige Angriffe der israelischen Exekutive verurteilt, die zu einer so hohen Zahl ziviler Opfer im Gazastreifen geführt haben – Zivilist*innen zu schützen ist elementar. Wir fordern die Regierung außerdem auf, Verantwortung für die Vertriebenen und obdachlos Gewordenen sowie für den Hunger zu übernehmen, der durch den Krieg verursacht wird. Auf der Grundlage einer Analyse von Meinungsumfragen argumentieren wir außerdem, dass die Art der israelischen Vergeltungsmaßnahmen die Unterstützung der Hamas und ihres Vorgehens in der Bevölkerung des Gazastreifens sogar noch vergrößert.



Foto: privat

Wie beurteilt Amnesty International Israel die aktuellen Entwicklungen im Westjordanland?

Seit dem Ausbruch des Krieges hat die Gewalt im Westjordanland an Häufigkeit und Schwere zugenommen. Außerdem weisen aktuelle Berichte auf die Zusammenarbeit der Armee mit gewalttätigen Siedlern hin. Wir haben die Regierung aufgefordert, verstärkt gegen gewalttätige Siedler vorzugehen und den Schutz der Palästinenser*innen im Westjordanland zu verbessern.

Bei Amnesty International Israel entwickeln Sie derzeit eine neue Kampagne: die Pro-Human Kampagne. Was sind die wichtigsten Ziele?

Die Pro-Human-Kampagne ist ein globales Bündnis von Organisationen und Aktivist*innen unter der Leitung von Amnesty International Israel. Ihr gehören derzeit unter anderem The Parents Circle – Families Forum, Rabbis for Human Rights, Standing Together, Mehazkim und weitere Akteure aus der Region Palästina-Israel, den USA und der ganzen Welt an. Inmitten des polarisierten und vergifteten öffentlichen Diskurses nach dem Massaker vom 7. Oktober und den verheerenden israelischen Vergeltungsmaßnahmen kämpft die Kampagne gegen die Entmenschlichung von Palästinenser*innen und Israelis, indem sie Stimmen bündelt und verstärkt, die sich für Menschlichkeit entscheiden, bevor sie Partei ergreifen. Wir lassen uns von der Tatsache

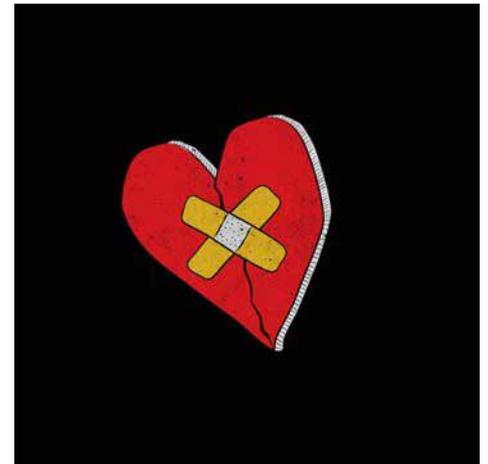


Illustration: Amnesty International

inspirieren, dass ähnliche Stimmen sogar von Palästinenser*innen im kriegsgebeutelten Gazastreifen zu hören sind. Wir sind der Meinung, dass alle Ursachen der Gewalt angegangen werden müssen, um wirkliche Fortschritte zu erzielen.

Wie können zivilgesellschaftliche Gruppen in Deutschland die Kampagne unterstützen?

Aktuell entwickeln wir Workshops, um die Pro- und Anti-Israel-Dichotomie zu überwinden – wir würden uns freuen, wenn diese auch in Deutschland von vielen Gruppen angeboten würden. Und wir freuen uns, wenn unsere Beiträge geteilt werden – im Familien- und Freundeskreis, auf Social Media sowie in politisch aktiven Gruppen. Es ist wichtig, sich für unteilbare Menschenrechte einzusetzen!

Moran Avital ist Campaignerin bei Amnesty International Israel.

Das Interview führte **Judith Amler**, Attac-AG gegen rechts und Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.

Anmerkung: Dieses Interview wurde in englischer Sprache geführt und von uns ins Deutsche übersetzt. In der aktuellen Situation halten wir es für wichtig, eine den unteilbaren Menschenrechten verpflichtete Stimme aus dem Nahen Osten in einem Gastbeitrag zu Wort kommen zu lassen.

Sommerakademie 2024 vom 30. Mai bis 1. Juni

Zukunft gestalten: Sozial.ökologisch.gerecht!



Das Programm der Attac-Sommerakademie steht, die Vorbereitungen gehen in die letzte Runde. Wenn dieser Rundbrief die Briefkästen erreicht ist es höchste Zeit, sich anzumelden! Die Teilnehmer*innen erwarten spannende Tage an der Richtsberg-Gesamtschule in Marburg. Podien und Workshops rund um die Themen-

blöcke Ökonomie/Ökologie, Demokratie und Internationales werden ergänzt durch teilnahmeorientierte Formate, in denen die Themen noch vertieft werden können. Für weitere Diskussionen und Anstöße, aktiv zu werden, werden Barcamps angeboten. Parallel zur SoAk findet außerdem auch die Aktionsakademie statt, bei der aktivistische Protestformen ausprobiert und unter anderem bei einer Aktion während der SoAk direkt umgesetzt werden können. Abgerundet wird die Veranstaltung durch ein Kulturprogramm, weil Politik auch Spaß machen darf. Kostenlose Übernachtungsmöglichkeiten gibt es auf der Zeltwiese direkt an der Schule oder in der dortigen Turnhalle. Es gibt auch Platz für Campingbusse, und wer es komfortabler mag, findet in Marburg auch eine Jugendherberge und diverse Pensionen und Hotels.

Erstes Programmhilighlight wird die Auftaktveranstaltung »Warum zunehmende Ungleichheit

nicht automatisch zu Widerstand führt – was können wir aus der Schwäche der gesellschaftlichen Linken lernen?« sein. Als Keynotesprecherin wird Wirtschaftssoziologin Silke Ötsch auf die Studie »Triggerpunkte – Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft« eingehen, im Anschluss wird das gesellschaftliche Spannungsfeld zwischen Ungleichheit und Klimagerechtigkeit diskutiert.

Auch die Workshops orientieren sich an den zentralen Themenblöcken. Es geht unter anderem um die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation, um Care-Arbeit, um Chinas Aufstieg und die neue Seidenstraße, um Dimensionen des heutigen globalen Kapitalismus und vieles mehr.

Das vollständige Programm, die Anmeldung und alles Wissenswerte zur Sommerakademie 2024 finden sich im Netz unter attac.de/soak.

Europäische Bürger*inneninitiative

Tax the rich!



Im vergangenen Rundbrief wurde bereits die Initiative »Tax the Rich« vorgestellt, die fordert, eine europäische Steuer auf große Vermögen einzuführen. Das Geld soll zur Bekämpfung von Klimawandel und Ungleichheit in der EU sowie zur Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden. Denn das

reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt fast die Hälfte des globalen Vermögens und dieselben Ultrareichen stoßen mehr CO₂ aus als die ärmere Hälfte der Welt. Gestartet wurde die Initiative unter anderem von Marlene Engelhorn, die sich mit anderen Vermögenden für eine gerechte Vermögensbesteuerung einsetzt.

Nun kann die Europäische Bürger*inneninitiative (EBI) unterzeichnet werden. EU-weit braucht es eine Million Unterschriften, damit die Europäische Kommission sich mit einem entsprechenden Gesetz für eine solche Vermögenssteuer befassen muss, wobei in sieben Ländern eine bestimmte Mindestzahl erreicht werden muss. Die Initiative hat schon einiges an Fahrt aufgenommen, und von den für Deutschland notwendigen 67680 Stimmen sind bereits rund 35 Prozent zusammengekommen. Stichtag für die Unterschriften ist

der 9. Oktober – das Ziel ist gut zu erreichen, wenn sich genügend Leute bei der Unterschriftensammlung einbringen!

Wer mindestens 16 Jahre alt ist und eine EU-Staatsbürgerschaft hat, kann die EBI ganz einfach unter attac.de/tax-the-rich online unterschreiben und direkt dazu beitragen, dass die notwendigen Unterschriften erreicht werden. Es hilft auch, Freund*innen und Verwandte über die EBI zu informieren oder in sozialen Medien darauf aufmerksam zu machen.

Wer sich noch weiter engagieren möchte, kann einen Flyer zu »Tax the Rich« unter shop.attac.de bestellen (siehe auch Rubrik »Kiosk« in diesem Rundbrief) und verteilen oder eine lokale Veranstaltung organisieren. Es können auch Unterschriften auf Papier gesammelt werden. Die Kampagnengruppe hilft unter ttr@attac.de gern weiter!

Menschen in Attac

An vielen Schrauben drehen!



Alfred in Aktion: Beim Flashmob gegen Apple, Foto: Stephanie Handtmann

Alfred Eibl, 75, ist aktiv in der Attac-Arbeitsgemeinschaft Finanzmärkte und Steuern und seit vielen Jahren im Koordinierungskreis von Attac. Wir haben mit ihm über das Steuerkonzept der AG gesprochen und darüber, warum Finanzmärkte ein spannendes Thema sind.

Alfred, wie hat es mit dir und Attac angefangen?

So genau weiß ich das nicht mehr. Nach meiner Berufstätigkeit habe ich mich gefragt: Wo engagiere ich mich jetzt? Und irgendwie war Attac schon immer auf meinem Radar. Ich wollte mich nicht in einer Partei engagieren, weil man da eben ein ganzes Parteiprogramm vertreten muss, und damit auch Positionen, mit denen man nicht übereinstimmt. Mich auf Steuer- und Finanzpolitik zu konzentrieren, das war schon eher mein Ding. Und dann ist es 2014 Attac geworden, und ich bin schnell bei der AG Finanzmärkte und Steuern gelandet. Die hat mir dann nahegelegt, die AG auf Bundesebene zu vertreten, und schon war ich im Koordinierungskreis.

Du hast ja eine lange Gewerkschaftserfahrung, engagierst dich also nahezu immer schon politisch. Wie kam es dazu?

Mein Elternhaus war ursprünglich kleinbäuerlich. Es wurde kleinbürgerlich, weil der Krieg meiner Mutter in Schlesien das Land genommen hat, und meinem Vater das Bein. So konnten sie keine Landwirt*innen mehr sein und

finden Arbeit bei der Eisenbahn. Ich war der Erste in der Familie, der dann nicht nur die Volksschule besucht hat, sondern nach der Realschule noch die Ingenieursschule – eine klassische Aufstiegschance für Menschen ohne bildungsbürgerlichen Hintergrund. Schon an meinem ersten Studientag stand ich am Salvatorplatz in München und skandierte bei den Protesten gegen den damaligen bayrischen Kultusminister »Haut den Huber in den Zuber!«. Das war der Startpunkt meines politischen Engagements, das ich dann im Allgemeinen Studentenausschuss als Verantwortlicher für die Kasse fortgeführt habe.

Ähnliches machst du als Mitglied der Finanz-AG des Kokreises ja auch für Attac. Finanzen sind also schon lange dein Thema?

Ja, für Finanzthemen hatte ich was übrig. Das hat auch dazu geführt, dass ich mich früh in der Gewerkschaft engagiert habe – weil es da auch um Geld geht, nämlich darum, mehr Geld rauszuholen. Ich wurde Betriebsrat, Betriebsratsvorsitzender und, nachdem mein Tätigkeitsbereich als Infineon verselbstständigt wurde, dort auch Gesamtbetriebsratsvorsitzender. Eine spannende Zeit hatte ich in meinen zehn Jahren im Aufsichtsrat von Infineon; da habe ich viel gelernt darüber, wie Kapitalismus funktioniert. Das einschneidendste Erlebnis war, dass 2008 das Unternehmen kurz vorm Konkurs stand und dann von der amerikanischen »Heuschrecke« Apollo gerettet wurde: Infineon brauchte

Kapital, um eine Anleihe abzulösen. Das Unternehmen schrieb zwar schwarze Zahlen, brauchte dafür aber Geld – genau zur Hochzeit der Finanzkrise, in der es keine Chance gab, an Kredite zu kommen. Deshalb musste der Kapitalmarkt angezapft werden. Apollo kündigte an, alle Aktien, die vom Markt nicht aufgenommen werden, aufzukaufen, weil sie an das Unternehmen glauben – und schon war die Welt eine andere. Der Markt vertraute der Einschätzung von Apollo und kaufte Aktien, die Banken waren nach dieser Aussage auch plötzlich bereit, Geld zu geben, und am Ende landete keine einzige Aktie bei Apollo, weil alle vom Markt aufgenommen wurden. Das war für mich der Auslöser für mein Interesse am Kapitalmarkt.

Ihr habt mit der AG ein umfassendes Steuerkonzept veröffentlicht. Was war dabei der Hintergedanke?

Wir haben in der Vergangenheit viel an einzelnen Punkten gearbeitet, ohne dass immer klar war, ob und wie sie zu veränderten Strukturen führen. Jetzt wollten wir ein Gesamtbild herstellen: Wie stellen wir uns ein ideales Steuerkonzept vor? Davon ausgehend haben wir uns Einzelmaßnahmen überlegt, um diesem Bild nochmal näher zu kommen. Und wenn ich an einer Schraube drehe, muss ich auch an anderen drehen, um dem Ideal näher zu kommen. Das Gesamtbild ist ein notwendiger Ansatzpunkt, um die Reichtumsverteilung von unten nach oben wieder umzudrehen.

Finanzmärkte und Steuern gilt ja als vergleichsweise »trockenes« Thema. Wie kann man Menschen für diese Themen begeistern?

Am besten geht das an konkreten Beispielen. Wie bei unserem aktuellen Thema »Tax the Rich« (siehe Seite 9): Wir brauchen Geld, um unsere Lebens- und Wirtschaftsweise auf Nachhaltigkeit hin zu transformieren. Woher kommt das Geld dafür? Und schon ist man beim Thema Steuern.

Außerdem finde ich es wichtig, nicht nur kluge Papiere zu schreiben, sondern auch mit Aktionen auf die Straße zu gehen. Unsere Inhalte weiterzugeben funktioniert über unsere Bildungsarbeit, unsere Regionalgruppen, aber eben auch über unsere Aktionen. Das ist ein essenzieller Bestandteil von Attac: Schnittstelle zu sein zwischen wissenschaftlicher Information, politischen Forderungen und ihrer Platzierung in der Öffentlichkeit.

Neue Faltblatt-Reihe: 5 Fragen – 5 Antworten



Viele Themen, mit denen Attac sich beschäftigt, sind vielschichtig und nicht ohne Weiteres zu vermitteln. Um auch komplexe Themen auf gut verständliche Basisinformationen zu reduzieren, gibt es jetzt eine neue Faltblatt-Reihe. In ihr werden jeweils fünf grundsätzliche Fragen gestellt und beantwortet. Dieses Format eignet sich sehr gut für alle, die schnell informiert werden möchten, ohne sich gleich ausführlich mit einem Thema befassen zu müssen. Ideal also für die Weitergabe im Bekanntenkreis, bei Infotischen oder anderen Veranstaltungen, aber natürlich auch einfach für sich selbst. Praktisch dabei: Sie sind auf ein Format gefalzt, das gut in die Hosentasche passt!

Bislang sind in der neuen Reihe zwei Faltblätter erschienen. Im ersten werden zum Klima-

geld diese Fragen beantwortet: Worum geht es beim Klimageld? Wer soll es bekommen? Wie hoch wäre die Entlastungswirkung? Wie soll es finanziert werden? Was sagen die Regierungsparteien dazu, und was Attac? Das zweite beantwortet Fragen zur Europäischen Bürger*inneninitiative »Tax the Rich«: Worum geht es bei der EBI »Tax the Rich«? Was ist eine Europäische Bürger*inneninitiative (EBI)? Wer gilt als reich und soll die neue Steuer zahlen? Was soll mit der Steuer finanziert werden? Was kann ich tun, um die EBI zu unterstützen?

Beide Faltblätter können im Shop bestellt werden: online unter attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:

datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Attac bleibt gemein und nützlich!

»Ich bin überhaupt nicht zufrieden damit, wie in Deutschland Finanzkriminalität verfolgt wird. Da geht es oft um Täter mit viel Geld und guten Kontakten, und die treffen auf eine schwach aufgestellte Justiz.« Anne Brorhilker, Deutschlands wichtigste Cum-Ex-Ermittlerin, hat vor wenigen Wochen aufgegeben. Die Oberstaatsanwältin ist so desillusioniert, dass sie sogar um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis ersucht hat. Zwölf Jahre lang hat sie ermittelt und Verfahren geführt, die auch zu einigen Verurteilungen führten – doch zu tief sitzt der Frust darüber, wie leicht sich gerade »die Großen« aus Verfahren rauskaufen können, wie sehr die Reichen begünstigt werden und wie wenig die Politik Lehren aus Cum-Ex gezogen hat.

Dieser Fall zeigt ein systematisches Ungleichgewicht: Wer Geld hat, dem ist bei Steuertricks offenbar kaum juristisch beizukommen, und auch die Steuergesetzgebung bevorzugt die Reichen. Wer sich dagegen wie Attac für Steuergerechtigkeit einsetzt, dem wird sehr engagiert das Leben schwermgemacht und die Gemeinnützigkeit entzogen.

Seit zehn Jahren arbeitet Attac inzwischen ohne Gemeinnützigkeit (siehe Seite 3), und die meisten werden es schon wissen: Es wird finanziell eng. Zwar sind die Projekte für dieses Jahr abgesichert, doch wir wissen nicht, wie es auf Dauer weitergeht. **Wenn sich keine spürbare Verbesserung einstellt, ist die Zukunft von Attac gefährdet.** Attac ist politisch all denen ein Dorn im Auge, die von ungerechter Steuerpoli-

tik profitieren – und das ist gut so. Damit Attac so gemein und nützlich weiterarbeiten kann, brauchen wir Unterstützung! Am besten geht das mit einer Mitgliedschaft, einer Dauerspende oder einer Einzelspende unter attac.de/starke-schultern oder mit dem hier angehängten Überweisungsträger. Herzlichen Dank!



Foto: Stephanie Handtmann

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter:
attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2402

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE